



GRÜNE MITTELLAND-NORD

www.gruene-mittelland.ch

ökologisch. sozial. offen. Und einen Tick voraus



Vom Solarhaus ins Rathaus: Die Kandidierenden der Grünen (auf dem Bild: Bruno Vanoni, Maria E. Iannino Gerber, Lisa Dubler und Urs Muntwyler) wollen die konstruktiven Kräfte im Grossen Rat stärken.

Dene, wos guet geit...

«...giengs besser, giengs dene besser, wos weniger guet geit, was aber nid geit, ohni dass's dene weniger guet geit, wos guet geit, drum geit weni, für dass es dene besser geit, wos weniger guet geit, und drum geits o dene nid besser, wos guet geit.»



Mani Matters Lied berührt mich noch heute sehr. Gerade jetzt, da auf kantonaler Ebene wegen mehrerer Steuersenkungen für Reiche und wegen der Aufgaben- und Strukturüberprüfung (ASP) rund 500 Millionen Franken eingespart werden mussten. Die ASP war das 14. Sparpaket innert zwanzig Jahren! Die Folge: ein Leistungsabbau, der vor allem den

Bildungs- und Sozialbereich trifft. Das spüren speziell die Kinder, die unsere Zukunft bedeuten, und die Schwächsten unserer Gesellschaft.

Angesichts der positiven Konjunkturprognosen und der durchaus noch tragbaren Verschuldung des Kantons wäre es verantwortbar gewesen, eine beschränkte Neuverschuldung in Kauf zu nehmen und dafür auf schmerzhaft Spar-schnitte zu verzichten. Doch stattdessen haben die Bürgerlichen bereits eine nächste ASP, ein neues Sparpaket, gefordert.

Kandidierende der Grünen Mittelland-Nord für die Grossratswahlen vom 30. März:

Maria E. Iannino Gerber (bisher), Hinterkappelen; **Urs Muntwyler** (bisher), Bern; **Elisabeth Dubler**, Uettiligen; **Bruno Vanoni**, Zollikofen; **Iris Balmer**, Wileroltigen; **Eliane Brechbühl**, Bremgarten; **Andreas Burckhardt**, Ostermündigen; **Thomas Gerber**, Hinterkappelen; **Ursula Lüthy**, Ostermündigen; **Andreas Matter**, Innerberg; **Fritz Mauerhofer**, Worblaufen; **Bernd Meister**, Münchenbuchsee; **Pascale Prisset**, Muri b. Bern; **Guido Sauter**, Jegenstorf; **Ruth Schindler-Gröner**, Bremgarten; **Sebastian Schläfli**, Worblaufen; **Marceline Stettler**, Zollikofen; **Peter Stucki**, Münchenbuchsee; **Edi Westphale**, Zollikofen; **Peter Willener**, Rüfenacht; **Kurt Zaugg**, Iffwil; **Alice Maria Zbinden**, Bolligen.

Sorge tragen zu Mitmenschen und Umwelt

Weshalb glauben viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger weiter an das ewige Mantra von Steuersenkungen und Staatsabbau? Profitieren wir nicht alle von Leistungen des Staates? Wir gehen in die Bibliothek, lernen in der Musikschule ein Instrument spielen, nutzen die Unterstützung der Elternberatung, fahren mit dem Postauto in die Stadt... Für die Steuern, die wir entrichten, erhalten wir viele Leistungen, die wir nicht missen möchten. Und die unseren Mitmenschen und der Umwelt dienen. Dazu wollen wir Sorge tragen, damit es am Ende in Mani Matters Sinne allen besser geht.

Maria E. Iannino Gerber, Gemeinderätin und Grossrätin Grüne, Hinterkappelen/Wohlen

Grün wählen



Stärken Sie am 30. März die rot-grüne Seite im Grossen Rat und im Regierungsrat. Die Konfrontationspolitik der bürgerlichen Parteien bringt uns nicht weiter. Bern braucht seriöse Arbeit – nicht Schlagworte.

Als Ziele von SVP, FDP und BDP habe ich in den letzten Monaten allein «Sparen» und «Steuern senken» gehört. Das allein ist noch keine Strategie, wie wir unseren Kanton stärken. Im Gegenteil. Die Sparzitrone ist ausgedrückt. Und gerade die Bürgerlichen wehren sich gegen fast jeden Sparvorschlag der Regierung.

Wir Grünen haben eine klare Strategie: die Nachhaltige Entwicklung. Die Ziele «wirtschaftliche Entwicklung», «sozialer Ausgleich» und «Erhaltung der Lebensgrundlagen» sind gleichzeitig im Auge zu behalten. Keines dieser Ziele kann rücksichtslos durchgesetzt werden. Es braucht eine seriöse und kohärente Verbindung dieser Ziele. Das ist unsere Arbeit in den letzten Jahren. Stärken Sie die konstruktiven Kräfte. Stärken Sie die Grünen im Grossen Rat.

Bernhard Pulver, Regierungsrat, Erziehungsdirektor

Inhalt



Seiten 3 und 5
Kantonale Wahlen



Seiten 4 und 7
Kulturland schützen, Fracking stoppen



Seite 8
Innovativ in die (Energie-)Zukunft

Solidarisch sein



Im Programm «Fünf Entwicklungsachsen» der Grünen (s. S. 5) steht: «Die Grünen setzen sich für eine

Weiterentwicklung der sozialen Absicherung ein.» Das ist das Gegenteil dessen, was die Bürgerlichen im November im Grossen Rat beschlossen haben: 47000 Personen verlieren ihre Krankenkassen-Prämienverbilligung; bei der Betreuung psychisch kranker und betagter Menschen wird gespart.

Seit Jahren wird die «Überalterung» unserer Gesellschaft als unlösbares Problem dargestellt. Doch eigentlich ist es eine Chance: Die jungen Alten von 64 bis gut 80 Jahren leisten einen immer wichtigeren Beitrag an unsere Gesellschaft. Sie engagieren sich als Freiwillige und übernehmen Aufgaben, die Berufstätige nicht erledigen können. Zudem pflegen sie oft ihre hochbetagten Eltern und betreuen ihre Grosskinder. Alte Menschen bringen eine Entschleunigung in unseren Alltag; sie mässigen die heiss laufende Gesellschaft. «Alte leisten Pionierarbeit in der Entwicklung von Lebensformen, in denen Beschränkung und Verzicht und nicht Potenz und Kraft die höchsten Werte sind.» (Peter Gross: Wir werden älter. Vielen Dank. Aber wozu? Herder Taschenbuch, 2013)

Heftig diskutiert wird über die vielen Ausländerinnen und Ausländer. Wir sind auf diese Menschen jedoch angewiesen, zum Beispiel in Pflegeheimen und Spitälern. Viele Familien könnten den Spagat zwischen Familie und Beruf nicht machen ohne die Hilfe von ausländischen Frauen. Diese leben zum Teil illegal hier, weil aus vielen Ländern nur Personen einwandern dürfen, die im oberen Berufssegment oder im Medizinalbereich tätig sind. Dabei gibt es auch grossen Bedarf im Haushalt, im Gastgewerbe und in der Landwirtschaft.

Wir Grünen fordern Solidarität zwischen den Generationen und mit den Schwächsten unserer Gesellschaft, seien es nun Einheimische oder Zugewanderte. Miteinander geht alles besser!

Marianne Morgenthaler, ehem. Grossrätin, Präsidentin Grüne Mittelland-Nord

Grüne Akzente setzen für eine attraktive Agglomeration

Fair für Stadt und Land

Am Beispiel von Münchenbuchsee zeigen sich die Freuden und Leiden des Lebens in einer Agglomerationsgemeinde. Die Grünen setzen sich auch hier für eine nachhaltige Politik ein, die Brücken zwischen Stadt und Land schlägt – zum Wohl der ganzen Region Bern.



Wer kennt sie nicht – die Situation einer Agglomerationsgemeinde wie Münchenbuchsee?



Nicht Dorf, nicht Stadt, mit bäuerlichen Betrieben, aber auch vielen Einwohnerinnen und Einwohnern, die zur Arbeit auswärts pendeln. Eine Gemeinde mit sympathischem Charakter, mit Einkaufsmöglichkeiten für die Dinge des täglichen Lebens, mit Ruhe und schöner Landschaft, mit Kitas und Schulen, mit Vereinen und Gewerbe, mit Dorffesten und idealem Wohnraum für Familien.

Die Freuden des Lebens in einer Gemeinde wie Münchenbuchsee sind jedoch auch mit einigem Leid verbunden, mit Problemen, die sich auch aus dem Spannungsfeld zwischen Stadt und Land ergeben:

Wer spürt sie nicht – die vollen Pendlerzüge und die verstopften Hauptstrassen, die, auch wegen Schleichverkehr, ganze Gemeinden durchschneiden? Wen stört sie nicht – die Tendenz, noch mehr Natur- und Freizeitflächen zu überbauen, damit grosszügig zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden kann? Wen betreffen sie nicht – die Steuersenkungs- und Sparübungen, die vom bürgerlich dominierten Grossen Rat forciert wer-

den, um die eigene Klientel milde zu stimmen und die dann via Lasten(um)verteilungen dazu führen, dass die Agglomerationsgemeinden doppelt «bespart» werden? Wer kennt sie nicht – die Herausforderung, eine Gemeinschaft zu formen aus Einheimischen und aus Zugezogenen aus anderen Sprach- und Kulturkreisen?

Für eine attraktive Agglomeration

Als Antwort auf diese Probleme braucht es eine nachhaltige grüne Politik, die als Brücke zwischen den Problemen von Stadt und Land und deren Lösungen fungiert.

Es braucht eine grüne Verkehrspolitik, die Anreize schafft, sowohl unsere natürlichen Ressourcen zu schonen, als auch die Lebensqualität der Bevölkerung zu erhöhen. Es braucht eine nachhaltige Gemeindeentwicklung, die auch den zukünftigen demographischen Verhältnissen Rechnung trägt. Es braucht Finanzierungskonzepte, die den Bedürfnissen der Menschen im ganzen Kanton gerecht werden und sich nicht in Steuersenkungen um jeden Preis erschöpfen. Es braucht eine Integrationspolitik, die nicht das Gegeneinander fördert, sondern das Miteinander.

Am 30. März ist jede Stimme für die Grünen nicht nur eine Stimme für eine attraktive Agglomeration, sondern auch eine Stimme für ein faires Miteinander von Stadt und Land!

Bernd Meister (Präsident GFL Münchenbuchsee) und Peter Stucki (Gemeinderat), Grossratskandidaten Grüne aus Münchenbuchsee



Leistungsfähige S-Bahnen machen den öffentlichen Verkehr attraktiv – ebenso wie neue Tramlinien (s. S. 8) und dichte Postauto- und Busfahrpläne. Die Grünen setzen sich dafür ein und wehren sich gegen Abstriche wegen kurzfristigen Sparmassnahmen.

Grüner Einsatz für den Schutz von Kulturland und Naherholungsräumen

Aus dem Boden mehr machen

Der Umgang mit dem Boden ist in der Region Bern ein hochaktuelles Thema. Die Grünen setzen sich auf kantonaler Ebene und in den Gemeinden dafür ein, dass Boden gespart und am richtigen Ort verdichtet gebaut wird.



Rund 300 Hektaren eingezontes Bauland stehen in der Region Bern zur Verfügung. Das ist sechs Mal so viel wie die Fläche der Berner Altstadt vom Bahnhof bis zum Bärengraben. Die Regionalkonferenz Bern-Mittelland, zu der auch unser Wahlkreis gehört, möchte in den nächsten 15 Jahren weitere 300 Hektaren einzonen. «Boden gutmachen», heisst das Motto ihrer

Kampagne, die das Terrain für eine Ausdehnung der Siedlungsflächen ebnet soll.

Jedoch: Damit wir's mit dem Boden wirklich gut machen, müssen wir damit zuerst einmal vieles besser machen als bisher. Zunächst ist der Boden, der schon heute fürs Bauen verfügbar ist, besser zu nutzen: Statt Bauland für Einfamilienhäuser zu verschwenden, sind verdichtete Überbauungen zu realisieren, die auf der gleichen Landfläche problemlos fünf Mal mehr Menschen Wohnraum bieten – und zudem höhere Steuereinnahmen beschieren. Auf gleiche Weise lässt sich auch aus dem Boden in bereits überbauten Gebieten mehr machen: Innere Verdichtung muss Vorrang haben vor Neueinzonungen. Und wo immer

gebaut wird, hat dies vorbildlich zu geschehen: bestens erschlossen durch öffentlichen Verkehr, mit minimalem Energiebedarf, 100 Prozent erneuerbar.

Die Kulturlandschaft aufwerten

In Zollikofen haben wir Grünen solche zukunftssträchtigen Vorschriften fürs Lättre-Areal durchgesetzt. Auf Kantonsebene machen wir mit der Kulturland-Initiative (s. auch S. 4) Druck, dass Boden gespart und nur noch am richtigen Ort verdichtet gebaut wird. Damit die Wohnqualität auch auf engerem Raum erhalten bleibt, sind Grünräume im Siedlungsgebiet und Naherholungsräume in seiner Umgebung zu erhalten und attraktiv zu gestalten. Das «grüne Band», das die Regionalkonferenz um die Kernagglomeration Bern herum propagiert, ist ein Ansporn, die vielerorts noch attraktive Kulturlandschaft ökologisch aufzuwerten. So wird Boden nicht nur gut, sondern besser gemacht.

Bruno Vanoni, Präsident GFL Zollikofen, Mitglied Grosser Gemeinderat, Grossratskandidat Grüne



Blick von Zollikofen über die Rütli nach Ittigen: Auch auf Drängen der Grünen wurde darauf verzichtet, den Grünraum der Rütli für eine Wohnüberbauung vorzusehen.

Impressum

Grüne Kanton Bern, PF 1066, 3000 Bern 23
 sekretariat@gruenebern.ch
 Redaktion: Regula Tschanz (Grüne Kanton Bern) und Bruno Vanoni (Grüne Mittelland-Nord)
 Gestaltung: www.muellerluetolf.ch
 Druck: Bubenberg Druck, Bern
 Portraitfotos: Fabian Lütolf
 Fotos: S. 1: Remo Ubezio; S. 2: André Knoerr; S. 3: Adrian Moser; S. 7: Marceline Stettler; S. 8: AWG Solar GmbH

Dialog statt Ausgrenzung



Gegen Vandalismus, Littering, Lärmbelästigungen und andere Ärgernisse, wird oft behauptet, helfe nur etwas: repressive Regeln, Verbote, Bussen. Klar, es ziemt sich auch in einer modernen und offenen Gesellschaft nicht, wenn sich Einzelne oder Gruppen im öffentlichen Raum so destruktiv verhalten. Aber es darf bezweifelt werden, dass ländliche Ge-

meinden von der unerfreulichen Entwicklung derart stark betroffen sind, dass gleich ein scharfes Polizeireglement mit Arealverboten, Videoüberwachung und Meldepflichten erlassen werden muss. Ein kommunales Polizeireglement, das zudem Wort für Wort wiederholt, was in übergeordnetem Recht von Kanton und Bund bereits geregelt ist, ist schlicht unnötig. Deshalb haben wir Grünen in Wohlen Unterschrif-

ten fürs Referendum gesammelt. Denn mit Verboten und Bussen werden die Ursachen von Problemen nicht angegangen, und Verhaltensmuster werden dadurch auch nicht geändert. Eine Gemeinde sollte bestehende Probleme gemeinsam mit allen Beteiligten lösen – in partizipativen Prozessen und nicht durch die Ausgrenzung von Jugendlichen, die sich im öffentlichen Raum (Schulplatz) nicht mehr treffen dürfen. Sonst wird

es wohl nur eine Frage der Zeit, bis Kühe keine Glocken mehr tragen dürfen oder Kirchenglocken verboten werden. Entspräche das unserem Ziel einer offenen Gesellschaft? Bleiben wir so liberalen Grundsätzen treu? Natürlich nicht. Deshalb stimmen wir am 9. Februar in Wohlen auch Nein zur übertriebenen Regulierung durch ein unnötiges Polizeireglement.

Lisa Dubler, Grossratskandidatin Grüne, Uettligen/Wohlen

Grüne Impulse braucht's auch für die Wirtschaft im Kanton Bern

Innovativ in die (Energie-)Zukunft

Wofür die Grünen jahrzehntelang gekämpft haben, wird Wirklichkeit: der Atomausstieg. Der Solarpionier Urs Muntwyler setzt sich bereits seit den 1970er Jahren für den Umstieg auf erneuerbare Energien ein. Seit 2012 auch im Grossen Rat, zusammen mit Maria E. Iannino Gerber.



Atomkraftwerke durch erneuerbare Energien ersetzen – dafür setze ich mich bereits seit 1975 ein: als langjähriger Solarunternehmer und seit 2011 als Professor für Photovoltaik an der Berner Fachhochschule und im Schweizer Masterkurs. Die erneuerbaren Energien und vor allem meine Hauptdomäne, der «Solarstrom», sind mittlerweile günstig. Sie können den bisher aus den fünf Schweizer Atomkraftwerken bezogenen Strom zum grossen Teil ersetzen. Die Photovoltaik soll gemäss Bundesrat bis 2050 12 Terrawattstunden (20 Prozent des Schweizer Stroms) beitragen. Auch das Doppelte wäre möglich – und zwar bereits bis 2030!

Doch der Strom ist nur ein Aspekt der nötigen Energiewende. Wir müssen auch die «Feuer» in den Heizungen und in den Verbrennungsmotoren der Fahrzeuge ersetzen. Das wird vorwiegend mit Wärmepumpen und Elektroautos erfolgen. Die Grüne Partei der Schweiz will bis 2050 alle Autos auf Strom umrüsten. Autos fahren dann drei bis vier Mal effizienter und stossen keine Schadstoffe



Ausblick vom Solardach auf eine intakte Landschaft: Die Grünen kämpfen für eine Energiewende, die der Wirtschaft und der Umwelt dient.

mehr aus. Die Energie dafür kommt aus Solarstrom (5-10 TWh), Wasserkraft und weiteren erneuerbaren Energien.

Mehr Grüne, weniger Bremser!

Die beiden Grossratsmitglieder der Grünen aus dem Wahlkreis Mittelland-Nord sind bereits in der Zukunft angekommen und fahren Elektroautos mit Solarstrom. Die Technik ist bereit, nun braucht es noch die Politik.

Bei der rot-grünen Regierung stossen Innovationen auf offene Ohren. Ganz anders sieht es bei der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat aus. Dort hat «das Alte» eine starke Lobby, «die Zukunft» aber nicht. Das hat Folgen auch in der Wirtschaftspolitik. Dem Kanton Bern fehlen wirtschaftliche Impulse. Diese kommen von Innovationen und gut ausgebildeten Jungen. Das sind zwei meiner Schwerpunkte in den kommenden vier Jahren. Dafür braucht es aber mehr konsequent «Grüne» und weniger bürgerliche Bremser im Grossen Rat.

Urs Muntwyler, Solarpionier und Grossrat Grüne

Das Tram wird eine bäumige Sache!



Das Tram Region Bern (TRB), das in wenigen Jahren die längst völlig überlastete Buslinie 10 ersetzen soll, ist für Ostermundigen nicht nur ein unentbehrlicher Ausbau des öffentlichen Verkehrs, sondern *das* Entwicklungsprojekt schlechthin. Mit der Tramlinie wird die Bernstrasse, unsere Visitenkarte, ein frisches, zeit-

gemässes Gesicht erhalten. Die Strasse muss ohnehin dringend saniert werden. Mit dem TRB erhält Ostermundigen für seine Investitionen einen mehrfachen Gegenwert in verschiedener Hinsicht. Mit der Planung des TRB wurde vor rund sieben Jahren begonnen. Nach allen Prüfungen stellte sich heraus, dass mit der vorgesehenen Linienführung die meisten Passagiere befördert und Quartiere erschlossen werden können. In den neuen Überbauungen Oberfeld und

Sommerrain werden bald 1500 Menschen wohnen. Sehr früh wurde auch die Bevölkerung einbezogen. Sie konnte an mehreren öffentlichen Veranstaltungen Fragen und Wünsche einbringen. In dutzenden von Besprechungen und zahlreichen Workshops mit Anwohnenden und Interessierten wurden möglichst alle Bedürfnisse einbezogen. Ganz besonders wird den Alleebäumen wo immer möglich Sorge getragen. Jeder Baum, der während des Linienbaus weichen

muss, wird ersetzt; nach dem Bau werden mehr Bäume die Strasse säumen als heute. Im Herbst 2014 finden in den drei TRB-Gemeinden Volksabstimmungen statt. Es ist für uns Grüne Ostermundigen selbstverständlich, dass wir das Projekt Tram Region Bern mit grossem Engagement unterstützen. *Ursula Lüthy (Gemeinderätin) und Andreas Burckhardt (Mitglied Grosser Gemeinderat), Grossratskandidierende Grüne aus Ostermundigen*

